

Schriften zum Internationalen Recht

Band 234

Die Mitgliederpartei im britischen Parteienrecht

Geschichte – Organisation – innerparteiliche Demokratie
unter besonderer Berücksichtigung der Parteiführerwahl

Von

Johannes M. Jäger



Duncker & Humblot · Berlin

JOHANNES M. JÄGER

Die Mitgliederpartei im britischen Parteienrecht

Schriften zum Internationalen Recht

Band 234

Die Mitgliederpartei im britischen Parteienrecht

Geschichte – Organisation – innerparteiliche Demokratie
unter besonderer Berücksichtigung der Parteiführerwahl

Von

Johannes M. Jäger



Duncker & Humblot · Berlin

Die Juristische Fakultät der Julius-Maximilians-Universität Würzburg
hat diese Arbeit im Jahre 2020 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2022 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: 3w+p GmbH, Rimpach
Druck: buchbücher.de gmbh, Birkach
Printed in Germany

ISSN 0720-7646
ISBN 978-3-428-18400-2 (Print)
ISBN 978-3-428-58400-0 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Für Florentine und Valerie

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2020/2021 von der Juristischen Fakultät der Julius-Maximilians-Universität Würzburg als Dissertation zur Erlangung der Würde eines Doktors beider Rechte angenommen.

Zunächst danke ich herzlich meinem Doktorvater, Herrn Univ.-Professor Dr. Ralf Brinktrine, für die vielen Gespräche über das Verhältnis von Recht und Politik und die Besonderheiten des britischen Liberalismus, die mich nicht nur zu diesem Thema, sondern auch durch die Zeit der Erstellung der Arbeit führten. Daneben danke ich Frau Univ.-Professor Dr. Stefanie Schmahl für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Frau Univ.-Professor Dr. Nicole Bolleyer gebührt mein Dank für die Betreuung meines Forschungsaufenthaltes an der University of Exeter, in dessen Rahmen sie mir fruchtbare Kontakte zu englischsprachigen Parteienforschern hergestellt hat. Zudem sei Herrn Dr. Felix-Christopher v. Nostitz für die freundliche Aufnahme in den Kreis der dortigen Doktoranden gedankt.

Meiner Schwägerin, Katharina v. Nesselrode, bin ich dankbar für zahlreiche Literaturbeschaffungen in der Bibliothek des University College London. Die sprachliche Korrektur der Arbeit nahm mein Schulfreund Christoph Wilden geduldig vor, während mir mein Studienfreund Luke E. K. Sheppard immer wieder half, die Kultur- und Rechtsgeschichte seines Heimatlandes richtig zu verstehen und darzustellen. Auch meinem Bonner Kommilitonen und Freund Dr. Alexander Kustermann danke ich sehr für unzählige motivierende Gespräche zu fachlichen wie organisatorischen Fragen während des gemeinsamen Doktorandendaseins.

Meiner lieben Ehefrau, Christiane v. Nesselrode, möchte ich für ihre unermüdliche Unterstützung aller meiner akademischen und beruflichen Vorhaben – insbesondere dieser Dissertation samt den Auslandsaufenthalten – danken. All dies wäre ebenso ohne die Hilfe und den Rückhalt meiner Eltern, Wolfgang und Klaudia Jäger, nicht möglich gewesen.

Zuletzt gebührt mein Dank der Deutsch-Britischen Juristenvereinigung für einen großzügigen Druckkostenzuschuss sowie dem Prof.-Linhardt-Verein und der K. d. St. V. Aenania München für die Ehrung mit dem Pelkhovenpreis 2022.

Frankfurt, im Januar 2022

Johannes M. Jäger

Inhaltsübersicht

Vorbemerkungen	29
Einleitung	32
I. Wandel der Gesellschaft, der Verfassung und der Parteien	32
II. <i>Party change</i> statt <i>party decline</i>	35
III. Britische Parteien als Forschungsgegenstand der Rechtswissenschaft	37
IV. Fehlende Bearbeitung des Rechtsproblems der innerparteilichen Demokratie	40
V. Recht, Realität und Grenzen der Untersuchung	43
VI. Gliederung der Arbeit	46
VII. Thematische Eingrenzung	47
<i>Erstes Kapitel</i>	
Entwicklung von Parteien und Parlament	49
A. Parlament und Verfassung seit dem späten Mittelalter	50
B. Parlamentssouveränität und Unkodifiziertheit der Verfassung als Grundsteine für das politische System	52
C. Entstehung des Parteienwesens zwischen 1688 und 1884	56
I. Entstehen der Parteien im Parlament nach der Glorious Revolution	56
II. Entwicklung des Wahlrechts ab 1832: von der Vorherrschaft des Adels zur Voll-demokratie	59
III. Entwicklung der Parteien aus dem Parlament in die Wahlkreise	63
IV. Nationale Parteiorganisationen ab 1867	68
V. Nationale Parteien als Massenorganisationen am Ende des 19. Jahrhunderts	79
VI. Parteiführer als Vorsitzender der Partei im und außerhalb des Parlaments sowie als Premierminister der Krone	81
VII. Zwischenergebnis: evolutionäre Entwicklung des Parteienwesens	84
D. Heutige Strukturen und Programmatik der Parteien im Überblick	85
I. Die zwei großen Parteien: Conservative Party und Labour Party	86
II. Liberal Democrats als „dritte“ Partei	100
E. Heutiges britisches Parteiensystem	102
I. Zwei- oder Mehrparteiensystem?	102
II. Exkurs: Mehrparteiensysteme in den Devolutionsvolksvertretungen	107
F. Zwischenergebnis: weiterhin ein Zweiparteiensystem auf nationaler Regierungsebene	108

*Zweites Kapitel***Definition, Status und Funktion der Parteien im britischen Parteienrecht** 110

A. Definitionen und Funktionen der politischen Parteien	110
I. Erforderlichkeit einer umfassenden Definition der Parteien	110
II. Parteibegriff und Partefunktionen in der internationalen Parteienforschung	111
III. Definitionen und Funktionen der britischen Parteien	113
B. Status und Rechtsnatur der Parteien	124
I. Grundsatz der Parteienfreiheit als Parteigründungsfreiheit	125
II. Privatrechtlicher Status der Parteien	125
III. Verfassungsrechtlicher Status der Parteien	148

*Drittes Kapitel***Innerparteiliche Demokratie im britischen Parteienrecht** 222

A. Kein zwingendes Gebot innerparteilicher Demokratie in der Verfassung	222
I. Keine Verpflichtung aus Gesetzesrecht und <i>Common Law</i>	222
II. Innerparteiliche Demokratie als Prinzip im Parteisatzungsrecht	258
III. Zwischenergebnis: innerparteiliche Demokratie als innerparteiliche Angelegenheit	262
B. Einzelne Verpflichtungen zur inneren Ordnung in Gesetzen	264
I. Keine innerparteiliche Demokratie im Parteiengesetz von 2000	264
II. Exkurs: Verpflichtung zur innerparteilichen Demokratie aus dem Companies Act 2006	283
C. Rechtliche Stellung der Parteimitglieder	306
I. Rechtsnatur des Mitgliedschaftsverhältnisses	306
II. Arten der Mitgliedschaft nach dem Parteisatzungsrecht	327
III. Einzelne Rechte des (potenziellen) Mitglieds	348
D. Beteiligung der Mitglieder an der Parteiführerauswahl	388
I. Stellung des Parteiführers zwischen Verfassungs-, Wahl-, Parteien- und allgemeinem Vereinsrecht	388
II. Wahl des Parteiführers nach Gesetzes- und Verfassungskonventionalrecht	393
III. Wahl und Abwahl des Parteiführers: parteiübergreifende Grundlagen	398
IV. Mitgliederbeteiligung bei der Parteiführerwahl in der Labour Party und der Conservative Party	403
Schlussbemerkungen	450
Anhang: Parteiführerwahlordnung der Labour Party (2016 und 2015)	455

Literaturverzeichnis	467
Sonstige Materialien	503
Fundstellen parteisatzungsrechtlicher Materialien	506
Verzeichnis der zitierten Gerichtsentscheidungen	507
Personen- und Sachverzeichnis	513

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen	29
Einleitung	32
I. Wandel der Gesellschaft, der Verfassung und der Parteien	32
II. <i>Party change</i> statt <i>party decline</i>	35
III. Britische Parteien als Forschungsgegenstand der Rechtswissenschaft	37
IV. Fehlende Bearbeitung des Rechtsproblems der innerparteilichen Demokratie ..	40
V. Recht, Realität und Grenzen der Untersuchung	43
VI. Gliederung der Arbeit	46
VII. Thematische Eingrenzung	47
<i>Erstes Kapitel</i>	
Entwicklung von Parteien und Parlament	49
A. Parlament und Verfassung seit dem späten Mittelalter	50
B. Parlamentssouveränität und Unkodifiziertheit der Verfassung als Grundsteine für das politische System	52
C. Entstehung des Parteienwesens zwischen 1688 und 1884	56
I. Entstehen der Parteien im Parlament nach der Glorious Revolution	56
II. Entwicklung des Wahlrechts ab 1832: von der Vorherrschaft des Adels zur Voll-demokratie	59
III. Entwicklung der Parteien aus dem Parlament in die Wahlkreise	63
IV. Nationale Parteiorganisationen ab 1867	68
1. Birmingham Caucus: die erste lokale Parteiorganisation im modernen Sinne ..	69
2. Birmingham-Modell im gesamten Land: keine einheitliche Organisation ..	70
3. Kontrolle der Birmingham Federation über die Politikformulierung und Kandidatauswahl?	71
4. <i>Caucus</i> -Idee in beiden großen Parteien	72
a) Grundsätzlicher Aufbau der Wahlkreisvereinigungen	72
b) Recht und Realität der Kandidatenselektion in den Wahlkreisvereinigungen	73
5. National Union of Conservative and Constitutional Associations	74
a) Außerparlamentarische Partei als <i>handmaid</i> für die Parlamentsfraktionen	75
b) Versuch einer Binnendemokratisierung im Jahre 1883	76

V. Nationale Parteien als Massenorganisationen am Ende des 19. Jahrhunderts	79
VI. Parteiführer als Vorsitzender der Partei im und außerhalb des Parlaments sowie als Premierminister der Krone	81
1. Zentrale Stellung des Premierministers und Parteiführers im Regierungssystem	81
2. Parteiführerauswahl im 19. Jahrhundert: liberale Wahl oder konservative Ernennung	82
VII. Zwischenergebnis: evolutionäre Entwicklung des Parteienwesens	84
 D. Heutige Strukturen und Programmatik der Parteien im Überblick	85
I. Die zwei großen Parteien: Conservative Party und Labour Party	86
1. Labour Party	86
a) Gründung der Partei außerhalb des Parlaments	86
b) Heutige Gliederung im Überblick	87
c) Zentrale Aspekte der inneren Ordnung	88
d) Programmatik	91
2. Conservative Party	93
a) Formale Gründung der Partei im Jahre 1998	93
b) Heutige Gliederung im Überblick	95
c) Zentrale Aspekte der inneren Ordnung	97
d) Programmatik	99
II. Liberal Democrats als „dritte“ Partei	100
 E. Heutiges britisches Parteiensystem	102
I. Zwei- oder Mehrparteiensystem?	102
1. Zumindest ein Zweieinhalb-Parteiensystem im House of Commons	102
2. Chancen für SNP und UKIP als neue Kräfte im House of Commons?	105
II. Exkurs: Mehrparteiensysteme in den Devolutionsvolksvertretungen	107
 F. Zwischenergebnis: weiterhin ein Zweiparteiensystem auf nationaler Regierungsebene	108

Zweites Kapitel

Definition, Status und Funktion der Parteien im britischen Parteiensrecht 110

A. Definitionen und Funktionen der politischen Parteien	110
I. Erforderlichkeit einer umfassenden Definition der Parteien	110
II. Parteibegriff und Partefunktionen in der internationalen Parteiensforschung	111
1. Drei zentrale Partefunktionen: Personal-, Betriebs- und Interessensvermittlungsfunktion	111
2. Drei Parteiorganisationsebenen der Parteien nach Peter Mair	112
3. Zwischenergebnis: Stellung der Parteien zwischen Staat und Gesellschaft	113

III. Definitionen und Funktionen der britischen Parteien	113
1. Nur funktionale Teilddefinitionen der britischen Parteien in Gesetzen	113
2. Teilddefinitionen im PPERA 2000	114
3. Verwendung des Begriffs der <i>political party</i> in Gesetzen vor 1998	115
4. Verwendung von <i>political purposes</i> und <i>political objects</i> in Gesetzen vor 1998	117
5. Zwischenergebnis: sukzessive Anerkennung von Parteibegriff und Partei-funktionen	118
6. Parteiendefinitionen in der britischen Parteienforschung	119
a) Definitionen des Parteibegriffs im juristischen Schrifttum	119
b) Funktionale Definitionen im britischen Schrifttum	121
c) Zwischenergebnis: keine umfassende Definition aus der Literatur	124
B. Status und Rechtsnatur der Parteien	124
I. Grundsatz der Parteienfreiheit als Parteigründungsfreiheit	125
II. Privatrechtlicher Status der Parteien	125
1. Organisationsfreiheit der Parteien	125
a) Häufigste Rechtsform der Parteien: die <i>unincorporated association</i>	126
aa) Geschichte und Definition der <i>unincorporated association</i>	126
bb) Konkludente oder ausdrückliche Gründung	128
cc) Rechtliche Besonderheiten der <i>unincorporated association</i>	129
(1) Keine eigene Rechtspersönlichkeit der Vereinigung	129
(2) Konsequenzen im Außenverhältnis: unbeschränkte Mitgliederhaf-tung	130
(3) Konsequenzen im Innenverhältnis: Anwendung von <i>Equity</i> und Vertragsrecht	133
b) Parteienautonomie: keine zwangsläufige Organisation als <i>unincorporated associations</i>	134
aa) Labour Party als <i>unincorporated association</i>	136
bb) Conservative Party bis 1998 nicht als eine einzige <i>unincorporated association</i> , sondern als politische Bewegung	137
c) Zwischenergebnis: Parteigründungsfreiheit und Parteienorganisations-freiheit	138
2. Privatrechtliche Parteienautonomie und alternative Organisationsformen	139
a) Parteien als gemeinnützige Organisationen?	139
aa) Unzulässigkeit der Rechtsform der <i>charity</i> für Parteien	139
bb) Unzulässigkeit der Rechtsform der <i>friendly society</i> für Parteien	140
(1) Parteiorganisationen im 19. Jahrhundert als <i>friendly societies</i>	141
(2) Berücksichtigung der <i>friendly societies</i> -Gesetzgebung in Parteien-gesetzentwürfen im 20. Jahrhundert	141
b) Mögliche alternative Rechtsform: <i>private company limited by guarantee</i>	143
aa) Definition und Rechtsnatur der <i>private company limited by guarantee</i>	144

bb) Juristische Person als Lösung der Haftungsproblematik bei der <i>unincorporated association</i>	145
cc) Überlegungen zur Gründung einer „Labour Party Ltd.“ im Jahr 2008	146
dd) Status der Öffentlichkeit bei Parteien unter dem Companies Act 2006	147
3. Zwischenergebnis: privatrechtlicher Status der Parteien	148
III. Verfassungsrechtlicher Status der Parteien	148
1. Verständnis, Rechtsnatur und Definition der Verfassung	149
2. Quellen der britischen Verfassung	155
a) Überblick	155
b) Bedeutung der Gesetze als Verfassungsrechtsquelle	156
c) Parteieninnenrecht als Verfassungsquelle?	158
aa) Meinungsstand: Parteisatzungen als Verfassungsquellen i. w. S. nach John Alder	158
bb) Bewertung: Achtung des Parteibinnenrechts als politische Tradition mit der wohl h. M.	159
3. Status der Parteien nach dem Gesetz	161
a) Parteien in Gesetzen und untergesetzlichen Regelungen vor 1998: <i>pecunia nervus rerum</i>	165
aa) Fraktions- und Abgeordnetenfinanzierung: erste Anerkennung der Parteidemokratie	165
(1) Finanzierung der Labour Party durch die Gewerkschaften	166
(a) Parteienzwangsabgabe der Gewerkschaftsmitglieder bis zum Osborne-Urteil von 1909	166
(b) Finanzierungsregime der Labour Party nach dem Trade Union Act 1913	169
(2) Ministers of the Crown Act 1937: öffentliche Finanzierung der parlamentarischen Parteidemokratie	171
(3) <i>Short Money</i> als Ausweitung der Oppositionsfinanzierung ab 1975	173
bb) <i>Short Money</i> -Voraussetzungen und die Finanzierung von Parteitagen ab 1987	174
cc) Positive Geschlechterdiskriminierung in den Parteien nach dem Sex Discrimination Act 1975	176
dd) Sukzessive Anerkennung der Parteien im Wahlrecht vor 1998	177
(1) Verbot des Parteinamens auf dem Wahlzettel als „Illusion“ einer Individualwahl	179
(a) Explizites Verbot der Parteidentifikation ab 1948	179
(b) Beifügung auf Wahlzetteln ohne Schutz von Parteinamen ab 1969	180
(c) Folge des fehlenden Namenschutzes: <i>spoiler candidates</i>	183
(2) Zwischenergebnis: sukzessive Anerkennung der Parteidemokratie	185

b) Konstitutionalisierung der Parteien in der Verfassungsreform ab 1998	187
aa) Registration of Political Parties Act 1998	187
(1) Sinn und Zweck: Namenschutz und Ermöglichung von Listenwahlen	187
(2) De jure fakultatives, de facto unumgängliches Registrierungsregime	188
(3) Parteiengesetz von 1998 im Vergleich zum Entwurf von 1969	189
(4) Zugeständnis an die Conservative Party: Unberührtheit der inneren Ordnung	190
(5) Zwischenergebnis: Parteiengesetz von 1998 als Interimslösung	191
bb) PPERA 2000 als Parteienfinanzierungsgesetz	191
(1) Diskussionen um staatliche Parteienfinanzierung seit den 1970er Jahren	191
(2) Weg zum Gesetz: Finanzierungsskandale in den 1990er Jahren	194
(3) Zentrale Regelungsinhalte: Registrierung und Finanzierung der Parteien	195
(a) Aufhebung des freiwilligen Registrierungsregimes von 1998	195
(b) Electoral Commission als Aufsichtsbehörde für die Parteien	196
(c) Regulierung der Spendenfinanzierung von Parteien, Abgeordneten und Fraktionen	196
c) Zwischenergebnis: Parteienrecht der ersten Generation	198
4. <i>Common Law</i> -Status der politischen Parteien	200
a) Status der Öffentlichkeit der Parteien im Außenverhältnis	200
b) Parteiengleichheit über den PPERA 2000 hinaus? Bevorzugung registrierter Parteien durch jüngste Gerichtsentscheidungen	203
5. Verfassungskonventionalrechtlicher Status der Parteien	204
a) Verfassungskonventionalregeln: Definition, Rechtsnatur und Erkennung	205
b) Beispiele für Verfassungskonventionalregeln	208
c) Verfassungskonventionalregeln und Parteibinnenrecht	209
aa) Verhältnis zwischen Krone und Parteien: Wahl des Premierministers	209
(1) Status und Auswahl des Premierministers	210
(a) Stellung des Premierministers	210
(b) Grundsatz: Ernennung durch die Krone, Auswahl durch die Parteien	211
(2) Zwischenergebnis: keine Einschränkung der <i>royal prerogative</i> durch Parteisatzungsrecht	215
bb) Salisbury-Convention: Umsetzung von Parteiprogrammen der Regierung ohne eigene Mehrheit im House of Lords qua Verfassungskonventionalregel	215
(1) Reduzierte Rolle des House of Lords nach den Parliament Acts 1911/1949	215
(2) Keine demokratische Legitimation des House of Lords	217

(3) Zwischenergebnis: Verfassungskonventionalregel als Bindeglied zur innerparteilichen Ordnung	219
6. Zwischenergebnis: Status der Freiheit, Gleichheit und Öffentlichkeit	219
a) Freiheitsprinzip	220
b) Gleichheitsprinzip	220
c) Öffentlichkeitsprinzip	221
<i>Drittes Kapitel</i>	
Innerparteiliche Demokratie im britischen Parteienrecht	222
A. Kein zwingendes Gebot innerparteilicher Demokratie in der Verfassung	222
I. Keine Verpflichtung aus Gesetzesrecht und <i>Common Law</i>	222
1. Britische Besonderheit der rechtlichen Parlaments- und politischen Volkssouveränität	223
2. Organisation der Parteien und gesellschaftliches Demokratieverständnis	227
a) Organisation des Staates und der Parteien als Ausdruck des gesellschaftlichen Demokratieverständnisses	227
b) Gesetzliche Interventionen nur bei konkreten Verstößen gegen die „Spielregeln der Demokratie“	228
3. Rechtsschutz nur bei vereinbarten satzungsrechtlichen Rechten	229
a) Früher nur bei Verstößen gegen <i>Equity</i> , Eigentums- oder Vermögensrecht	229
b) Parteisatzungen als bindendes Vertragsrecht ab den 1960er Jahren	238
c) Rechtsnatur und Reichweite der richterlichen Überprüfung	241
aa) Rechtsnatur der <i>natural justice</i> : Gewährleistung eines fairen Verfahrens	242
bb) Materiellrechtliche Prüfung: Zweckmäßigkeitssprüfung nur in Extremfällen	244
cc) Rechtsfolgen: keine Ersetzungsbefugnis und möglicher Schadensersatz	246
dd) Ausschluss und Anwendung von <i>natural justice</i> im Einzelfall?	246
ee) Reichweite der gerichtlichen Überprüfung von Parteisatzungsrecht	247
(1) Grundsätzliche Bindung des Parteisatzungsrechts inter partes	248
(2) Kein <i>judicial review</i> -Verfahren für partiinterne Streitigkeiten	249
(3) <i>Breach of contract</i> - und <i>judicial review</i> -Verfahren	251
(4) Stellungnahme zur Forderung nach <i>judicial review</i> -Verfahren in Parteien	253
II. Innerparteiliche Demokratie als Prinzip im Parteisatzungsrecht	258
1. Unbestimmtheit des Rechtsbegriffs der innerparteilichen Demokratie	258
2. Bedeutung des parteisatzungsrechtlichen Prinzips der innerparteilichen Demokratie für die Verfassung	260
III. Zwischenergebnis: innerparteiliche Demokratie als innerparteiliche Angelegenheit	262

B. Einzelne Verpflichtungen zur inneren Ordnung in Gesetzen	264
I. Keine innerparteiliche Demokratie im Parteiengesetz von 2000	264
1. Transparenz- und Rechenschaftsgebot im Außen-, nicht im Innenverhältnis	264
2. Zwingende Regelungen der inneren Ordnung aus Publizitätsgründen	265
a) Pflicht zur Einreichung einer Satzung bei der Electoral Commission	265
b) Erforderliche Positionen: Parteiführer, <i>nominating officer</i> und Schatzmeister	266
3. Fakultative Regelungen der inneren Ordnung	268
a) Mitgliedschaftsprinzip	268
aa) Mitgliederpartei als parteienrechtliche Universalie	268
bb) Kein Bekenntnis des britischen Parteiengesetzes zur Mitgliederpartei	270
b) Keine Pflicht zur horizontalen oder vertikalen Gliederung der Partei	272
aa) Zulässigkeit zentraler oder dezentraler Parteiorganisationen	272
bb) (Un-)verbindliche Vorschläge der Electoral Commission zur Parteienorganisation?	274
c) Zwischenergebnis: Mitgliederprinzip nur im Hintergrund des Parteiengesetzes	277
4. Indirekte Auswirkungen der Parteiengesetze von 1998 und 2000	279
a) Satzungsreform und Gründung der Conservative Party	279
b) Keine Obergrenze für korporative Mitgliedsbeiträge: keine Umorganisation der Labour Party nötig	280
5. Zwischenergebnis: Parteisitzungen als <i>responses to specific challenges</i>	281
II. Exkurs: Verpflichtung zur innerparteilichen Demokratie aus dem Companies Act 2006	283
1. Randparteien in der Rechtsform der <i>private company limited by guarantee</i>	283
2. Weitgehende Nichtbeachtung dieser Rechtsform in der Parteienforschung	284
3. <i>Member democracy</i> bzw. innerparteiliche Demokratie nach dem Companies Act 2006	285
a) Gesellschaftsrechtliches Mitgliedschaftsprinzip	285
b) Rechtsnatur des Gesellschaftsvertrages und der Mitgliederrechte	289
aa) <i>Majority rule</i> und <i>minority protection</i> vor Gericht	289
bb) Gerichtliche Überprüfung von Disziplinarmaßnahmen anhand der <i>natural justice</i> ?	291
cc) Keine Anwendung der <i>ultra vires</i> -Doktrin nach dem Companies Act 2006	295
c) Publizitätspflichten im Innen- und Außenverhältnis	296
4. Besonderheiten der Organisation einer Partei als <i>private company limited by guarantee</i>	297
a) Transparenz- und Publizitätspflichten	297
aa) Veröffentlichungspflichten nach außen aus dem Parteien- und Gesellschaftsrecht	297

bb) Transparenzpflichten im Innenverhältnis nur nach dem Companies Act 2006	298
b) Organisationsrechtliche Trennung von Partei als „Bewegung“ und der Partei als <i>private company limited by guarantee</i> am Beispiel von UKIP	298
aa) UKIP als <i>Ltd.</i> und UKIP als <i>unincorporated association</i>	298
bb) Zweck der UKIP Ltd.: Aufbau einer Partei im wahl- und parteirechtlichen Sinne	299
cc) Zweck der UKIP als <i>unincorporated association</i> und als wahlrechtlich registrierte Partei	300
dd) UKIP als wahlrechtliche Partei und als Unternehmen vor den Gerichten	300
ee) Mitgliederprinzip bei zwei getrennten Parteiorganisationen	302
5. Zwischenergebnis: Unbeachtlichkeit der Rechtsformfrage vor Gerichten	304
 C. Rechtliche Stellung der Parteimitglieder	306
I. Rechtsnatur des Mitgliedschaftsverhältnisses	306
1. Vertragliche Begründung des Mitgliedschaftsverhältnisses	306
2. Anwendung des Human Rights Act 1998 auf das Mitgliedschaftsverhältnis?	308
a) Parteien zwischen Gesellschaft und Staat als Grundrechtsverpflichtete? ..	308
b) Normativer Anknüpfungspunkt: Parteien als <i>public authorities</i> ?	311
aa) Human Rights Act 1998 als erster britischer Grundrechtskatalog	311
bb) Umfang der inkorporierten Rechte	312
cc) Regelungsmechanismus des Human Rights Act 1998	312
dd) Geltendmachung von konventionsrechtlichen Verstößen	313
(1) Grundsatz der vertikalen Bindungswirkung des Human Rights Act 1998	314
(a) Parteien nicht als <i>core public authorities</i>	314
(b) Parteien als <i>hybrid bzw. functional public authorities</i> ?	315
(2) Horizontaler Effekt des Human Rights Act 1998?	320
(a) Grundsätzlich nur eine „mittelbare Drittirkung“	320
(b) Potenzielle Bedeutung für Streitigkeiten aus dem Mitgliedschaftsverhältnis	322
c) Zwischenergebnis: Parteien nicht grundrechtsverpflichtet	324
II. Arten der Mitgliedschaft nach dem Parteisatzungsrecht	327
1. Individuelle Vollmitgliedschaft	327
a) Parteimitgliedschaft in der Conservative Party seit 1998	327
b) Labour Party: direkt-individuelle Mitgliedschaft seit 1918	330
c) Altersgrenzen für den Parteieintritt und die Mitgliedschaft von Minderjährigen	332
2. Außerordentliche Mitgliedschaft: <i>registered supporter</i> der Labour Party	334

3. Kollektivmitgliedschaften	336
a) Gewerkschaften in der Labour Party: keine individuelle Parteimitgliedschaft der Gewerkschaftsmitglieder	337
aa) Labour Party als (fast) rein korporative Bewegung bis 1918	339
bb) Öffnung für Individualmitglieder und Einführung des Parteiführeramtes	341
cc) Gewerkschaftsmitglieder als individuelle <i>affiliated supporter</i> seit 2014	342
b) Korporative Mitgliedschaft in der Conservative Party	345
4. Zwischenergebnis: sukzessive politische Entwicklung zum heute vorherrschenden Typus der Mitgliederpartei	346
III. Einzelne Rechte des (potenziellen) Mitglieds	348
1. Beitritt	348
a) Grundsatz der Parteienfreiheit: keine Pflicht zur Aufnahme von Mitgliedern	348
b) Einschränkung der Parteienfreiheit durch die Antidiskriminierungsgesetze	349
aa) Equality Act 2010 als zentrales Antidiskriminierungsgesetz	349
(1) Regelungsinhalt des Gesetzes und gerichtliche Durchsetzung	349
(a) <i>Direct discriminations</i> : ausnahmsweise Rechtfertigung möglich für altersmäßige Beschränkungen und positive Diskriminierungsmaßnahmen	350
(b) <i>Indirect discriminations</i> : Rechtfertigung grundsätzlich möglich	352
(c) Prozessuale Geltendmachung von Diskriminierungen durch Vereinigungen	353
(d) Stellung der Equality and Human Rights Commission in Bezug auf Parteien	354
bb) Anwendbarkeit des Equality Act 2010 auf die Parteien	354
(1) Vereinigungen mit mehr als 25 Mitgliedern	354
(2) Nur für wahlrechtlich registrierte Parteien	357
(3) Parteien und das Recht auf „Tendenzreinheit“	358
cc) Beispiele für (un-)gerechtfertigte Diskriminierungen durch Parteien vor Inkrafttreten des Equality Act 2010	361
(1) Zulässige altersmäßige Diskriminierung minderjähriger Parteimitglieder	361
(2) Equality and Human Rights Commission gegen BNP: unzulässige Diskriminierung von Mitgliedern durch ethnische Aufnahmekriterien	364
(3) <i>McAlister v The Labour Party</i> : keine Mitgliedschaft für Nordiren als verbotene Diskriminierung?	367
2. Austritt und Ausschluss von Mitgliedern	372
a) Austritt als unilaterale Erklärung des Mitgliedes	372
b) Mitgliederausschluss: Parteienfreiheit zwischen <i>natural justice</i> im Regelfall und Ermessenskontrolle in Extremfällen	374
aa) Pflichten der Partei bei einem Parteiausschlussverfahren	374
(1) Redliche Ausübung satzungsgemäßer Kompetenzen	374

(2) Die <i>ultra vires</i> -Kontrolle	375
(3) <i>Natural justice</i> und <i>nemo iudex in sua causa</i> am Beispiel der Militant Tendency	379
bb) Zwischenergebnis: Demokratisierung des Verfahrens zum Parteiausschluss in der Labour Party	387
 D. Beteiligung der Mitglieder an der Parteiführerauswahl	388
I. Stellung des Parteiführers zwischen Verfassungs-, Wahl-, Parteien- und allgemeinem Vereinsrecht	388
1. Verfassungsrechtliche Stellung und Funktion des Parteiführers	389
a) Früher keine Vertretungsbefugnis für die Partei in verfassungsrechtlichen Fragen	389
b) Gesetzliche Stellung des Parteiführers seit der Verfassungsreform von 1998/2000	391
2. Vereinsrechtliche Stellung: Kollegialvorstand oder <i>elective dictatorship</i> möglich	392
II. Wahl des Parteiführers nach Gesetzes- und Verfassungskonventionalrecht	393
1. Parteiführerwahl: formelles Vereinsrecht und materielles Verfassungsrecht ..	393
2. Keine anwendbaren spezialgesetzlichen Vorschriften	395
3. Achtung der allgemeinen Gesetze, insbesondere des Equality Act 2010	396
4. Keine <i>Common Law</i> -Regelungen des Wahlverfahrens: u. a. Zulässigkeit von Online-Wahlen	397
III. Wahl und Abwahl des Parteiführers: parteiübergreifende Grundlagen	398
1. Parteiführer als Premierminister: keine turnusmäßige Wahl in Regierungszeiten	398
2. Feste Wahlperiode in der Labour Party in Oppositionszeiten: kein formelles Misstrauensvotum	401
3. Keine feste Wahlperiode in der Conservative Party: Vertrauensfrage und Misstrauensvotum möglich	402
IV. Mitgliederbeteiligung bei der Parteiführerwahl in der Labour Party und der Conservative Party	403
1. Labour Party	403
a) Vom Fraktionsvorsitzenden zum Parteiführer: Wahl durch die Abgeordneten	403
b) Wahl des Parteiführers zwischen 1981 und 2014: Parteimitglieder im Electoral College	406
c) Wahl des Parteiführers seit 2015: <i>one member one vote</i> -Prinzip	409
aa) Satzungsreform 2014: Attraktivitätssteigerung der Partei für Mitglieder und Wähler	409
bb) Beseitigung der Folgen der diversifizierten Mitgliedschaftsformen ..	410
(1) Geringe Wahlbeteiligung der Gewerkschafter: Einführung des sog. <i>double opting-in</i>	411

(2) Mehrfachstimme bei Parteiführerwahlen im Electoral College bis 2015	411
cc) Parteiführerwahl 2015 als größte britische Online-Wahl: der unerwartete Wahlerfolg von Jeremy Corbyn	412
dd) Parteiführerwahl 2016 vor Gericht und ein erneuter Wahlsieg für Corbyn	415
(1) Labour-Parteiführerwahl in Oppositionszeiten: 20-%-Nominiierungsquorum auch für den Amtsinhaber?	417
(2) Zulässigkeit eines Eintrittsstichtages für das aktive Wahlrecht ..	420
2. Wahl des Parteiführers in der Conservative Party: von den <i>grey suits</i> zu den <i>grassroots</i>	427
a) Auswahl vor 1965: keine formelle Wahl	427
b) Wahl ab 1965: nur das 1922 Committee aktiv wahlberechtigt	428
c) Wahl – nur ggf. unter Beteiligung der Parteimitglieder – seit Gründung der Partei im Jahr 1998	432
3. Zwischenergebnis: gegenseitige Beeinflussung in der Satzungsentwicklung durch beide großen Parteien	442
Schlussbemerkungen	450
Anhang: Parteiführerwahlordnung der Labour Party (2016 und 2015)	455
Literaturverzeichnis	467
Sonstige Materialien	503
Fundstellen parteisatzungsrechtlicher Materialien	506
Verzeichnis der zitierten Gerichtsentscheidungen	507
Personen- und Sachverzeichnis	513

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
AC	Law Reports, Appeal Cases
Admin	High Court Administrative Division
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
All ER	All England Law Reports
Anm. d. Verf.	Anmerkung des Verfassers
App.	Appendix
APSR	American Political Science Review
A.Q.	Advocates' Quarterly
ARPS	Annual Review of Political Sciences
Art.	Artikel
Artt.	Artikel
ASLEF	Associated Society of Locomotive Engineers & Firemen
Aufl.	Auflage
BAME	Black, Asian and Minority Ethnic
BBC	British Broadcasting Corporation
BCLC	Butterworths Company Law Cases
Bd.	Band
BEPR	British Elections and Parties Review
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BJPIR	British Journal of Politics and International Relations
B.P.	British Politics
bspw.	beispielsweise
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BWahlG	Bundeswahlgesetz
c.	column
CA	Court of Appeal
ca.	circa
cc.	columns
CCP	Commonwealth & Comparative Politics
Ch.	Chapter
Ch. D.	Chancery Division Law Reports
CJICL	Cambridge Journal of International and Comparative Law
cl.	clause
CLB	Commonwealth Law Bulletin
CLJ	Cambridge Law Journal
CLP	Constituency Labour Parties

CLR	Columbia Law Review
Clr	Commonwealth Law Reports
Cmnd.	Command Paper
Co.	Company
CPL	Conveyancer and Property Lawyer
CRISPP	Critical Review of International Social and Political Philosophy
Deb	Debate
ders.	derselbe
dies.	dieselbe/n
D.L.J.	Denning Law Journal
DLR	Dominion Law Reports
DUP	Democratic Unionist Party
ECHR	Equality and Human Rights Commission
E&E	Ellis & Ellis' Queen's Bench Reports
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EHRC	Equality and Human Rights Commission
EHRLR	European Human Rights Law Review
E.H.R.R.	European Human Rights Reports
EJoCLI	European Journal of Current Legal Issues
EJPR	European Journal of Political Research
ELJ	Election Law Journal
E.M.L.R.	Entertainment and Media Law Reports
EMRK	Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
EMRK-ZProt	Zusatzprotokoll zur Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
eng.	englisch
EPL	European Public Law
ESM	European Stability Mechanism
et al.	et alii
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuZA	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht
e.V.	eingetragener Verein
EWCA Civ	England and Wales Court of Appeal (Civil Division)
EWCA Crim	England and Wales Court of Appeal (Criminal Division)
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWHC	England & Wales High Court
f.	folgende/r/s
F. 2d	Federal reporter, 2 nd series
FA	The Football Association Ltd.
FDP	Freie Demokratische Partei
ff.	fortfolgende
franz.	französisch
F. Supp.	Federal Supplement
GBP	Great Britain Pound
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls

GLJ	German Law Journal
GMC	General Medical Council
HC	House of Commons
Herv. d. Verf.	Hervorhebung(en) des Verfassers
Herv. i.O.	Hervorhebung(en) im Original
HL	House of Lords
HLR	Harvard Law Review
HM	His/Her Majesty's
h.M.	herrschende Meinung
H.M.S.O.	His/Her Majesty's Stationery Office
HRH	His/Her Royal Highness
HRLR	Human Rights Law Review
Hrsg.	Herausgeber
ICR	Industrial Cases Reports
i. d. R.	in der Regel
i.E.	im Ergebnis
i. e.S.	im engeren Sinne
i.H.v.	in Höhe von
IJDL	International Journal of Discrimination and the Law
IJPP	The International Journal of Press/Politics
ILJ	Industrial Law Journal
ILP	Independent Labour Party
ILR	Industrial Law Review
insb.	insbesondere
IPSR	International Political Science Review
IRA	Provisional Irish Republican Army
I.R.L.R.	Industrial Relations Law Reports
i.S.	im Sinne
i.S.v.	im Sinne von
i.w.S.	im weiteren Sinne
J	Justice
JC	Judiciary Cases (Scotland)
JFS	Jewish Free School
JJ	Justices
JuS	Juristische Schulung
Kap.	Kapitel
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
K.B.	Law Reports, King's Bench
lat.	Lateinisch
LCJ	Lord Chief Justice
LGL	Local Government Lawyer
LJ	Lord Justice
LJ Ch.	Law Journal, Chancery
LLJ	Lord Justices
L.Q.R.	Law Quarterly Review
LQR	Law Quarterly Review
LR Eq	Law Reports, Equity Cases
LS Gaz R.	Law Society's Gazette

Ltd.	Limited
MA	Massachusetts
MLR	Modern Law Review
MP	Member of Parliament
MR	Master of the Rolls
MSFU	Manufacturing, Science and Finance Union
m.w.N.	mit weiterem/n Nachweis(en)
NEC	National Executive Committee
NGO	Non-governmental Organisations
NICh	High Court of Justice in Northern Ireland Chancery Division
NIJB	Northern Ireland Judgments Bulletin
No.	Number
Nr.	Nummer
NZLR	New Zealand Law Reports
OJLS	Oxford Journal of Legal Studies
P.A.	Parliamentary Affairs
p.a.	per annum
para.	paragraph
paras.	paragraphs
PartG	Parteiengesetz
PCC	Parochial Church Council
P.L.	Public Law
Plc	Public Limited Company
PLP	Parliamentary Labour Party
P.P.	Party Politics
PPERA 2000	Political Parties, Elections and Referendums Act 2000
P.Q.	The Political Quarterly
P.S.	Political Studies
PVS	Politische Vierteljahresschrift
PVV	Partij voor de Vrijheid
QB	Queen's Bench
Q.B.D.	Queen's Bench Division
QdR	Queensland Reports
r.	rule
R.	Rex/Regina
RCS	Review of Constitutional Studies
reg.	regulation
Rn.	Randnummer
R.P.C.	Reports of Patent, Design and Trade Mark Cases
RSPCA	Royal Society for the Prevention of Cruelty to Animals
RuP	Recht und Politik
S.	Seite
s.	section
SA	South Australia
SASR	South Australian State Reports
Sch.	Schedule
S.C.R.	Supreme Court Review
SDLP	Social Democratic and Labour Party

S.J.	Solicitors Journal
S.L.T.	Scots Law Times
SNP	Scottish National Party
s. o.	siehe oben
sog.	sogenannte/r/s
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
ss.	sections
s. u.	siehe unten
TEU	Treaty on European Union
T.L.R.	Times Law Reports
T.S.O.	The Stationery Office
u. a.	unter anderem
u. ä.	und ähnliche/r/s
UCLR	University of Chicago Law Review
UK	United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
UKEAT	United Kingdom Employment Appeal Tribunal
UKHL	United Kingdom House of Lords
UKIP	United Kingdom Independence Party
UKSC	United Kingdom Supreme Court
US	United States
U.S.	United States Reports
USA	United States of America
USFLR	University of San Francisco Law Review
u. U.	unter Umständen
v	versus
v.	von/m
VC	Vice-Chancellor
Verf.	Verfasser(s)
vgl.	vergleiche
VJHS	Valahian Journal of Historical Studies
vol.	volume
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
WA	Written Answers
WL	Westlaw
W.L.R.	Weekly Law Reports
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
z. B.	zum Beispiel
ZParl	Zeitschrift für Parlamentsfragen
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
z. T.	zum Teil

Vorbemerkungen

Da es sich bei dem vorliegenden Werk um eine auslandsrechtswissenschaftliche Arbeit handelt und der Umgang mit Quellen und Terminologie ein anderer ist als in der deutschen Jurisprudenz üblich, bedarf es einiger einleitender Vorbemerkungen.

Soweit nur möglich werden Zitate, insbesondere solche aus Gerichtsentscheidungen, im englischen Original wiedergegeben und im Kontext durch die jeweiligen Ausführungen hierzu erläutert. Auch wird der einer jeder Übersetzung innewohnenden terminologischen Ungenauigkeit, die sich selbst bei dem linguistisch passend empfundenen deutschen Begriff zumindest aus einem anderen (rechts-)kulturellen Begriffsverständnis ergeben kann, die britische Rechtsterminologie soweit nur möglich beibehalten. Einen deutschen Leser mag die hier gewählte Bezeichnung des Parteiführers in der deutschen Sprache an Parteien unehrlicher Abschnitte der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts erinnern. Jedoch entspricht diese der in der deutschen (vergleichenden und auslandkundlichen) Parteienforschung¹ verwendeten Bezeichnung und stellt in diesem Fall die wortgetreue Übersetzung des britischen Begriffs des *party leader* dar, der ebenso im britischen Parteiengesetz verwendet wird.² Es wäre an dieser Stelle sogar juristisch ungenau in deutscher Sprache von einem Parteivorsitzenden zu sprechen; dieses Amt, das wohl mit *party chairman* zu übersetzen wäre, existiert nämlich in den britischen Parteien auch. Anders als bei den deutschen Pendants handelt es sich beim *party chairman* indessen um eine Art Generalsekretär, der für die Organisation der Vorstands- und Parteiarbeit zuständig ist.³

Nicht sinnverändernde Begriffsverkürzungen bleiben hiervon unberührt. So wird die Conservative and Unionist Party⁴, wie in den Medien und der politischen wie juristischen Literatur üblich, schlicht als Conservative Party bezeichnet.

Daneben wird etwa verkürzt vom Vereinigten Königreich (und von Deutschland anstelle von der Bundesrepublik Deutschland) gesprochen. Die staatsrechtlich korrekte Bezeichnung lautet United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland (Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland). Das Vereinigte Königreich umfasst die Landesteile England, Schottland, Wales und Nordirland, s. 2(2) Royal and Parliamentary Titles Act 1927, s. 5 und Sch. 5 Interpretation Act 1978.

¹ Siehe dazu auch Becker, Mitgliederbeteiligung, S. 12.

² So in s. 24(1)(a), (2) PPERA 2000.

³ Vgl. Bale/Webb, Party Leaders in the UK, in: Pilet/Cross (Hrsg.), Party Leaders, S. 12 (13).

⁴ Siehe Art. 1 Constitution der Conservative Party.

Nicht Teil des Vereinigten Königreichs sind die Kanalinseln und die Insel Man.⁵ Adjektivisch und adverbial wird in dieser Arbeit für das Vereinigte Königreich von „britisch“ gesprochen, sodass neben Großbritannien auch Nordirland und – im historischen Teil – die gesamte irische Insel mit der heutigen Republik Irland (Unabhängigkeit im Jahre 1921) gemeint ist. Wo es von juristischem Belang ist, wird allerdings von Großbritannien mit den Landesteilen England, Schottland und Wales gesprochen.

Gesetze und untergesetzliche Normen werden mit ihrem vollständigen Gesetzesnamen zitiert. Eine Ausnahme wird ob der Häufigkeit der Zitierung und der damit verbundenen Unübersichtlichkeit beim Political Parties, Elections and Referendums Act 2000 gemacht. Dieser wird, wie in der britischen Literatur und Rechtsprechung nicht unüblich, als PPERA 2000 abgekürzt.⁶

Zu keinen Abweichungen von der britischen Standardzitierweise kommt es etwa bei den Protokollen britischer Parlamentsdebatten, die im Hansard geführt werden und online abrufbar sind.⁷ Sie werden geführt nach folgendem System: Bezeichnung des Hauses, Debatte vom Tag Monat Jahr Ausgabe Spalte(n) (bspw.: HC Deb 11 March 1975 vol. 888 cc. 291–293).

Ebenso werden britische Gerichtsentscheidungen nach britischer Methode zitiert. Im Folgenden finden sich allerdings einzig die Entscheidungsbezeichnungen wieder, die in Literatur und Rechtsprechung am verbreitetsten sind.⁸ So wird etwa der Fall Conservative and Unionist Central Office v James Robert Samuel Burrell (HM Inspector of Taxes)⁹ nur als Conservative Central Office v Burrell geführt, da er hauptsächlich so in der britischen Literatur wiedergegeben wird.¹⁰

Derweil kommt es zu Abweichungen hinsichtlich der Zitierweise von Zeitschriften und anderen Periodika. Freilich finden sich in dieser Arbeit insbesondere solche Quellen aus dem englischsprachigen Raum. Zugleich wird auf Zeitschriftenbeiträge aus dem deutschsprachigen Raum zurückgegriffen. Dies allein zeigt die Notwendigkeit einer einheitlichen Zitierweise, schon um die Übersichtlichkeit zu wahren. Hinzu tritt, dass für die Verfassungs-, Demokratie- und Parteienforschung im Vereinigten Königreich auf Quellen aus den verschiedensten akademischen Disziplinen zurückgegriffen werden muss. Mithin kann nicht wie in den einzelnen Disziplinen üblich zitiert werden. Daher findet folgendes System Anwendung bei

⁵ Nach s. 50(1) British Nationality Act 1981 sind diese aber staatsbürgerschaftsrechtlich Teil des Vereinigten Königreichs, d. h. ihre Bürger haben die britische Staatsbürgerschaft.

⁶ Statt vieler *Ewing, Cost of Democracy*, S. 1.

⁷ Zu finden unter <https://hansard.parliament.uk> und für die historischen, archivierten Debatten siehe <http://www.parliament.uk/business/publications/hansard/commons/> (beides letzter Abruf: 10. Oktober 2018).

⁸ Vgl. *Brinktrine*, Verwaltungsermessen, S. XXVI für ebendiese Vorgehensweise.

⁹ [1982] 1 W.L.R. 522.

¹⁰ Statt vieler *Ewing, Cost of Democracy*, S. 74.

Zitaten aus Zeitschriften: Autorennachname(n), Kurztitel des Werkes, Abkürzung der Zeitschrift, Jahrgang, erste Seite, Seite der Fundstelle.

Hinsichtlich der satzungsrechtlichen Dokumente¹¹ wird die Terminologie der jeweiligen Partei eingehalten, wenn es spezifisch auf diese ankommt. So heißt die Parteisatzung der Labour Party etwa Rule Book und die der Conservative Party wie der Liberal Democrats Constitution. Werden nur generelle Aussagen getroffen, so wird z. B. von (Partei-)Satzungen gesprochen. Dies gilt mutatis mutandis für die besonderen Bezeichnungen für vertikale und horizontale Gliederungsebenen sowie Postenbezeichnungen innerhalb der einzelnen Parteien.

Hinsichtlich der Verfügbarkeit, der Veröffentlichung wie auch der Verwendung von parteisatzungsrechtlichen Dokumenten siehe die Verzeichnisse am Ende zu dieser Arbeit.

¹¹ Diese Quellen und ihre Fundorte im Internet finden sich im Verzeichnis sonstiger Materialien bzw. im Verzeichnis der Fundstellen parteisatzungsrechtlicher Materialien.